

115472/EU XXVII.GP  
Eingelangt am 10/10/22



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

HOHER VERTRETER  
DER UNION FÜR  
AUSSEN- UND  
SICHERHEITSPOLITIK

Straßburg, den 4.10.2022  
JOIN(2022) 53 final

**GEMEINSAME MITTEILUNG AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN  
RAT**

**Jugendaktionsplan für das auswärtige Handeln der EU (2022-2027)**

**Förderung einer echten Beteiligung und Befähigung junger Menschen im Rahmen des  
auswärtigen Handelns der EU für nachhaltige Entwicklung, Gleichstellung und Frieden**

DE

DE

*„Wir verdienen es, gehört, gestärkt und geschützt zu werden und auch die Chance auf eine Führungsrolle zu erhalten“, Alda Soraya (23 Jahre alt), Indonesien<sup>1</sup>.*

## 1. Einführung

In einer Zeit, in der die Herausforderungen zahlreich sind und Paradigmen sich rasch ändern, wie es unter anderem der gegenwärtige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt, liegt es auf der Hand, dass wir unsere Partnerschaft mit jungen Menschen in aller Welt stärken müssen, damit ein positiver transformativer Wandel herbeigeführt werden kann.

Mit 1,8 Milliarden ist **der Anteil junger Menschen** im Alter zwischen 10 und 24 Jahren **an der Weltbevölkerung größer denn je**<sup>2</sup>. Fast 90 % der jungen Menschen leben in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Vor dem Hintergrund des globalen demografischen Wandels ist davon auszugehen, dass diese Zahlen noch weiter steigen werden.

**Weltweit sind junge Menschen einflussreiche Akteure des Wandels.** Sie spielen eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung globaler Herausforderungen, der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und dem Vorantreiben von Innovationen. Bei der Bekämpfung von Klimawandel, Armut und Korruption sowie bei Friedensbemühungen und Aussöhnung in Konfliktgebieten übernehmen sie häufig eine Vorreiterrolle. Viele von ihnen setzen sich für bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte ein.

Ihre Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten werden jedoch häufig durch den mangelnden Zugang zu Bildung, menschenwürdigen Arbeitsplätzen, Gesundheitsversorgung und Sozialschutz und in vielen Ländern durch den schrumpfenden demokratischen und zivilgesellschaftlichen Raum eingeengt. Rechtliche, kulturelle und wirtschaftliche Hindernisse schränken die Bürgerbeteiligung und politische Teilhabe junger Menschen ein, was dem Aufbau von Vertrauen in die Institutionen und politischen Systeme nicht förderlich ist.

**Junge Menschen und Kinder tragen die Hauptlast von Krisen und Instabilität**, die durch bewaffnete Konflikte, zunehmende Ungleichheiten, Klimawandel und Umweltzerstörung verursacht werden. Rund 600 Millionen junge Menschen leben in Konflikten oder fragilen Situationen, 71 Millionen sind arbeitslos und etwa 264 Millionen Kinder und Jugendliche gehen nicht zur Schule. Mädchen und junge Frauen sind besonders stark betroffen.

Die COVID-19-Pandemie hat für junge Menschen schwere Einbußen bei Bildung, Beschäftigung, psychischem Wohlbefinden und ihrem Recht auf Teilhabe am öffentlichen Leben mit sich gebracht.<sup>3</sup> Zahlreiche junge Menschen haben während der Pandemie viel für den Schutz älterer und vulnerabler Personen auf sich genommen, doch hat die Krise auch gezeigt, dass die **Solidarität zwischen den Generationen** noch verstärkt werden muss, um im Interesse der Zukunft der jungen Generationen gerechtere, nachhaltigere und resilientere Gesellschaften aufzubauen.

---

<sup>1</sup> Jugendaktivistin und Mitglied der von der Europäischen Kommission eingesetzten Jugend-Resonanzgruppe (Youth Sounding Board) für internationale Partnerschaften der EU.

<sup>2</sup> [UN Youth World Report](#)

<sup>3</sup> [Global survey on youth and Covid-19](#)

Vor diesem Hintergrund müssen **junge Menschen ein echtes Mitspracherecht** bei der Gestaltung der Lösungen erhalten, die für ihre Zukunft und die Zukunft des Planeten von Bedeutung sind.

Der Jugendaktionsplan trägt dieser Notwendigkeit Rechnung und bietet einen politischen Rahmen für eine **strategische Partnerschaft mit jungen Menschen im auswärtigen Handeln der EU**, wie dies 2020 auch vom Rat gefordert wurde<sup>4</sup>. Ziel des Jugendaktionsplans ist es, die Einbeziehung junger Menschen als strategische Partner zu fördern, ihnen mehr Mitwirkungsmöglichkeiten zu eröffnen und die **demografische Dividende** zu nutzen, um resilientere und inklusivere Gesellschaften aufzubauen und Fortschritte bei der Umsetzung globaler Verpflichtungen wie der **Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Agenda 2030** und des **Pariser Klimaübereinkommens** zu machen.

Die Antwort der EU auf die zahlreichen Herausforderungen beruht auf den in **Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union** verankerten Grundwerten. Sie ist darauf ausgerichtet, starke Partnerschaften für die Gegenwart aufzubauen, die Zukunft der nächsten Generationen zu sichern und zur **Gleichheit und Gerechtigkeit zwischen den Generationen** beizutragen.

Mit dem Jugendaktionsplan, der im Rahmen des **Europäischen Jahrs der Jugend**<sup>5</sup> auf den Weg gebracht wird, wird die **Übergangsphase zwischen Kindheit und Erwachsenenalter** in den Mittelpunkt gestellt und die internationale Dimension der **EU-Jugendstrategie**<sup>6</sup> gestärkt, aufbauend auf der **EU-Kinderrechtsstrategie**<sup>7</sup>, die eine echte Teilhabe und die Stärkung der Position von Kindern von Anfang an fördert.

Er stützt sich auf den **EU-Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie**<sup>8</sup>, in dem die Notwendigkeit einer gleichberechtigten, umfassenden und echten Teilhabe junger Menschen am öffentlichen und politischen Leben hervorgehoben wird, sowie auf die **Europäische Säule sozialer Rechte**<sup>9</sup>. Schließlich wird damit der **EU-Aktionsplan für die Gleichstellung (GAP) III**<sup>10</sup> umgesetzt, indem der Schwerpunkt auf die Stärkung der Rolle von Mädchen und jungen Frauen gelegt wird.

Der Jugendaktionsplan wird außerdem zur Umsetzung der **Agenda der Vereinten Nationen für Jugend, Frieden und Sicherheit** beitragen und die Rolle junger Menschen bei der Schaffung eines dauerhaften Friedens, der Förderung von Gerechtigkeit und Aussöhnung und der Bekämpfung von Gewaltextremismus<sup>11</sup> stärken. Der Aktionsplan ist allgemeiner Natur, wird aber auch durch maßgeschneiderte Konzepte umgesetzt, die an die Bedürfnisse und Lebensumstände junger Menschen in bestimmten Regionen angepasst sind, z. B. in den Ländern, die unter die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU fallen, in Afrika, im Nahen Osten, in Lateinamerika und der Karibik sowie in Asien und im Pazifikraum.

---

<sup>4</sup> [Schlussfolgerungen des Rates „Die Jugend im auswärtigen Handeln“](#)

<sup>5</sup> [Europäisches Jahr der Jugend 2022](#)

<sup>6</sup> [EU-Jugendstrategie](#)

<sup>7</sup> [EU-Kinderrechtsstrategie und diesbezügliche Schlussfolgerungen des Rates vom 9. Juni 2022.](#)

<sup>8</sup> [EU-Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie](#)

<sup>9</sup> [Europäische Säule sozialer Rechte](#)

<sup>10</sup> [GAP III](#)

<sup>11</sup> Resolutionen 2250 (2015), 2419 (2018) und 2535 (2020) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

### **Junge Menschen reden mit**

Der Jugendaktionsplan wurde nach **umfassenden Konsultationen mit über 220 Interessenträgern** aus aller Welt, insbesondere Kinderrechts- und Jugendorganisationen, ausgearbeitet. Er entspricht der legitimen Forderung junger Menschen, **systematischer** in die Politikgestaltung und Beschlussfassung der EU eingebunden zu werden, die auch in den Ergebnissen der **Konferenz zur Zukunft Europas**<sup>12</sup> ihren Niederschlag gefunden hat.

Das „**Youth Sounding Board**“, die **Jugend-Resonanzgruppe für internationale Partnerschaften**, hat Folgendes festgestellt<sup>13</sup>: „Junge Menschen dürfen nicht als bloßer ‚Zusatz‘ zu Erwachseneninitiativen angesehen werden. Junge Menschen sind eine gesellschaftliche Gruppe mit einzigartig kritischen Sichtweisen und Kompetenzen, die für die Politikgestaltung und -steuerung, die Erbringung von Dienstleistungen und die Forschung notwendig sind. Hindernisse für eine echte Teilhabe junger Menschen können nur durch einen Aktionsplan beseitigt werden, bei dem schon während seiner Erstellung auf die Überwindung dieser Hindernisse geachtet wurde.“

## **2. Auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft der EU mit jungen Menschen im Bereich des auswärtigen Handelns**

Die EU wird sich beim Aufbau einer strategischen Partnerschaft mit jungen Menschen von vier Grundsätzen leiten lassen:

- **Menschenrechtsbasierter Ansatz und Geschlechtergleichstellung**

Ziel der EU ist es, die Teilhabe von Kindern und jungen Menschen als Recht<sup>14</sup> zu fördern, indem sichergestellt wird, dass **niemand zurückgelassen wird**, indem Ungleichheiten und strukturelle Hindernisse angegangen, die **Gleichstellung der Geschlechter und die Nichtdiskriminierung durchgängig berücksichtigt** und ein **intersektionaler Ansatz**<sup>15</sup> verfolgt werden.

- **Partizipativer Ansatz für einen transformativen Wandel**

Junge Menschen werden auf nationaler, regionaler und globaler Ebene **in den gesamten Zyklus der Gestaltung der auswärtigen Politik der EU und die diesbezügliche Programmplanung** einbezogen werden, um ihre Eigenverantwortung zu stärken und zur Nachhaltigkeit der Maßnahmen beizutragen.

---

<sup>12</sup> [Konferenz zur Zukunft Europas](#)

<sup>13</sup> [Meaningful Inclusion of Youth: A Promising Future](#)

<sup>14</sup> Im Einklang mit dem [UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes](#) und dem [menschenrechtsbasierten Ansatz der EU](#).

<sup>15</sup> [Intersektionaler Ansatz](#) im Einklang mit den einschlägigen politischen Rahmen der EU: GAP III, [Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen](#), [EU-Aktionsplan gegen Rassismus](#), [Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen](#).

- **Inklusion junger Menschen**

Die Teilhabe junger Menschen am staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben wird durch spezielle, auf junge Menschen ausgerichtete Maßnahmen und durch Berücksichtigung ihrer Sichtweisen und Bedürfnisse **bei der Programmplanung, dem allgemeinen und dem sektorspezifischen politischen Dialog** durchgehend gefördert.

Beispielsweise wird durch den **humanitären Geschlechtergleichstellungs- und Altersmarker<sup>16</sup>** sichergestellt, dass verschiedene Geschlechter- und Altersgruppen, einschließlich junger Menschen, angemessen bei der **von der EU finanzierten humanitären Hilfe berücksichtigt** und gezielt einbezogen werden.

- **Faktengestützte Politikgestaltung und Rechenschaftspflicht**

Ziel des Jugendaktionsplans ist es, die Verfügbarkeit und Qualität von Daten über junge Menschen zur Schließung thematischer und geografischer Lücken zu verbessern<sup>17</sup>, wobei der Schwerpunkt auf jungen Menschen zwischen 15 und 29 Jahren liegen soll. Der Überwachungs- und Evaluierungsrahmen der EU für das auswärtige Handeln soll gestärkt werden, indem mehr nach Alter aufgeschlüsselte Daten einbezogen, jugendspezifische Indikatoren aufgenommen und Datenerhebungen unterstützt sowie Forschungsvorhaben gefördert werden, die auf junge Menschen ausgerichtet sind und deren Federführung unterliegen.

### 3. Umsetzung: die drei Säulen einer maßnahmenorientierten Agenda

Die Prioritäten und Hauptziele des Jugendaktionsplans beziehen sich auf die drei Säulen **BETEILIGUNG, BEFÄHIGUNG** und **BEGEGNUNG**, die den drei Kernbereichen der EU-Jugendstrategie entsprechen.

Die EU wird sich bei der Umsetzung des Jugendaktionsplans für ein Vorgehen im Rahmen von **Team Europa<sup>18</sup>** einsetzen und dabei mit wichtigen Partnern und Interessenträgern auf nationaler, regionaler und multilateraler Ebene zusammenarbeiten.

#### 3.1 Partnerschaft für die BETEILIGUNG

Junge Menschen fordern und verdienen einen umfassenden Ansatz, der ihre maßgebliche, inklusive und wirksame Teilhabe gewährleistet. In diesem Sinne setzt ein günstiges Umfeld für die Teilhabe die Schaffung sicherer jugend- und kinderfreundlicher Räume und Möglichkeiten voraus. Dabei sollen junge Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund in die Lage versetzt werden, sich an demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, und es soll zur Bewusstseinsbildung beigetragen und die Fähigkeit der politischen Entscheidungsträger zur Zusammenarbeit mit jungen Menschen gestärkt werden.



<sup>16</sup> [Geschlechtergleichstellungs- und Altersmarker](#)

<sup>17</sup> [Patchwork: Mapping international data on youth](#) (JRC).

<sup>18</sup> An „Team Europa“ sind die Europäische Union, die EU-Mitgliedstaaten – einschließlich ihrer Durchführungsstellen und öffentlichen Entwicklungsbanken – sowie die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) beteiligt.

Die EU setzt sich dafür ein, die Mitsprachemöglichkeiten und die Führungsrolle junger Menschen, insbesondere von jungen Frauen und Mädchen, Jugendaktivistinnen und -aktivisten und Jugendorganisationen, auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen, von der Innenpolitik bis hin zu multilateralen Foren und im Rahmen von EU-Prozessen, zu stärken. Die europäischen Bürgerforen der Konferenz zur Zukunft Europas, in denen junge Menschen im Alter von 16 bis 25 Jahren ein Drittel der Mitglieder stellten, waren ein gutes Beispiel für die Schaffung eines Raums für den Dialog zwischen den Generationen.

### **3.1.1 Echte Beteiligung junger Menschen am auswärtigen Handeln der EU**

Die EU wird eine **institutionelle Beteiligung junger Menschen fördern**, um

- die Einbeziehung junger Menschen in die **Gestaltung, Umsetzung und Überwachung** der außenpolitischen Strategien und Maßnahmen der EU zu verbessern,
- **durch eine strategische, inklusive und partizipative Kommunikation** für mehr **Rechenschaftspflicht in Jugendfragen** zu sorgen, um junge Menschen, einschließlich Kindern, in all ihrer Vielfalt zu erreichen.

Die institutionelle Beteiligung junger Menschen im Rahmen der EU **wird durch Folgendes erreicht**:

- Eine **EU-Plattform für den regelmäßigen Dialog** mit Jugendorganisationen als neuer Bestandteil des **Politischen Forums für Entwicklung**<sup>19</sup>, deren wesentliche Merkmale bis 2023 gemeinsam mit Jugendorganisationen festgelegt werden<sup>20</sup>.
- Die 2021 eingerichtete **Jugend-Resonanzgruppe (Youth Sounding Board)** für **internationale Partnerschaften**<sup>21</sup>, die die Europäische Kommission in Fragen der Beteiligung junger Menschen im Rahmen des auswärtigen Handelns berät.
- Die **obligatorische Konsultation von Jugendorganisationen** im Rahmen des **Programmplanungsprozesses des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt** (NDICI/Europa in der Welt)<sup>22</sup>.
- **Länderspezifische Fahrpläne für die Zusammenarbeit der EU mit der Zivilgesellschaft**, die die Perspektive der Jugend berücksichtigen und sicherstellen, dass Jugendorganisationen sinnvoll einbezogen werden.
- **Jugendbeiräte**, die die EU-Delegationen zu länderspezifischen Prioritäten beraten. Bis 2027 sollen solche Gremien in den meisten Partnerländern vorhanden sein.
- **Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und des Fachwissens von EU-Personal** in Bezug auf die Zusammenarbeit mit jungen Menschen, die Arbeit für junge Menschen und den Schutz von Kindern durch Schulungen, Leitfäden und den Austausch bewährter Verfahren. Bis 2024 werden 80 % der EU-Delegationen über **Anlaufstellen für Jugendfragen** verfügen.

<sup>19</sup> [Politisches Forum für Entwicklung](#)

<sup>20</sup> Über die künftige EU-Plattform für die Beteiligung von Kindern könnten Synergien geschaffen und bewährte Verfahren ausgetauscht werden.

<sup>21</sup> [Youth Sounding Board](#)

<sup>22</sup> [Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt](#)

### **3.1.2 Verbesserung der Beteiligung junger Menschen auf regionaler und multilateraler Ebene**

In den letzten Jahren haben sich junge Menschen zunehmend für multilaterale Lösungen für globale Fragen engagiert.

- Förderung einer echten **Beteiligung junger Menschen an der multilateralen Politikgestaltung**, indem Folgemaßnahmen zu dem Bericht des UN-Generalsekretärs „**Unsere gemeinsame Agenda**“<sup>23</sup> ergriffen werden und die Einrichtung eines **UN-Büros für Jugendfragen**<sup>24</sup> unterstützt wird.
- Einbeziehung junger Menschen in Beratungen über **regionale Partnerschaften und regionale Zusammenarbeit**, z. B. im Rahmen der Beziehungen der EU zu Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik, den Nachbarschaftsländern<sup>25</sup>, dem Mittelmeerraum und den Golfstaaten.

Um diese Ziele zu erreichen, **wird die EU Folgendes auf den Weg bringen:**

- Das **Programm EU-Jugenddelegierte zur UN-Generalversammlung (EU@UN)**, mit dem die Teilnahme junger Menschen an multilateralen Foren unter Berücksichtigung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses und der Diversität unterstützt und ihre Fähigkeit gestärkt wird, effektiv zur multilateralen Politikgestaltung beizutragen. Die EU wird sich für einen förmlichen Jugenddialog als ständigen Bestandteil der Kommission für die Rechtsstellung der Frau und der Vertragsstaatenkonferenz zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen einsetzen sowie die Koordinierung zwischen den EU-Jugenddelegierten im Zusammenhang mit dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, der Umweltversammlung der Vereinten Nationen und anderen multilateralen Prozessen erleichtern.
- Das **AU-EU-Jugendlabor**, durch das der Dialog mit jungen Menschen über die Partnerschaft Afrika-EU<sup>26</sup> intensiviert werden kann, indem junge Menschen und Jugendorganisationen aus Afrika, Europa und in der Diaspora dabei unterstützt werden, gemeinsam Lösungen für globale Herausforderungen zu finden.

Darüber hinaus wird die EU durch die folgenden **bestehenden Initiativen** einen **weiteren Beitrag zur Beteiligung junger Menschen auf regionaler und multilateraler Ebene** leisten:

- Das Programm **Young Mediterranean Voices** zur Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen jungen Menschen auf beiden Seiten des Mittelmeers in öffentlichen Angelegenheiten und bei lokalen und regionalen Transformationsinitiativen. Im Rahmen von Erasmus+ wird auch der Kapazitätsaufbau im Jugendbereich im Westbalkan und südlichen Mittelmeerraum gefördert.

<sup>23</sup> [Vereinte Nationen: Unsere gemeinsame Agenda](#)

<sup>24</sup> [UN-Resolution A/RES/76/306](#)

<sup>25</sup> [EU-Nachbarschaft und Erweiterung](#)

<sup>26</sup> [Partnerschaft Afrika-EU](#) und [6. Gipfeltreffen EU-AU](#).

- Das Programm **EU4Youth** zur Förderung der Teilhabe junger Menschen und ihrer maßgeblichen Mitwirkung an der Politikgestaltung in der **Östlichen Partnerschaft**<sup>27</sup>, insbesondere in der Ukraine.
- Das Netzwerk der **Jungen Europa-Botschafter** im Westbalkan und der Region der Östlichen Partnerschaft und die **Botschafter des guten Willens** in der Südlichen Nachbarschaft.
- Förderung der Beteiligung junger Menschen im Rahmen der **neuen Agenda für den Mittelmeerraum**<sup>28</sup>, insbesondere auf der Grundlage der Jugendstrategie 2030 der Union für den Mittelmeerraum, und der **Strategischen Partnerschaft zwischen der EU und der Golfregion**<sup>29</sup>.
- Die Einbeziehung junger Menschen in künftige regionale Prozesse in Asien, Lateinamerika und der Karibik oder in anderen Regionen wie dem **EU-ASEAN-Forum für junge Führungskräfte (Young Leaders Forum)**.
- Die **makroregionalen Strategien der EU**, bei denen junge Menschen in die Lenkungsmechanismen und politischen Dialoge einbezogen werden, sowie die **Interreg**-Programme, mit denen die Beteiligung junger Menschen an der Entscheidungsfindung unterstützt, Jugendaktionen finanziert und die Freiwilligeninitiative für junge Menschen gefördert werden<sup>30</sup>.
- Gemeinsame Leitung der **Kohorte für die Jugendbeteiligung auf dem Gipfel für Demokratie 2023**<sup>31</sup>.

### 3.1.3 Günstige Rahmenbedingungen für die Bürgerbeteiligung und die politische Teilhabe junger Menschen

Die Beteiligung Jugendlicher und Kinder an formalen politischen Prozessen ist weltweit aufgrund struktureller Hindernisse, kultureller Voreingenommenheit und der Aushöhlung des Vertrauens in die demokratischen Institutionen nach wie vor gering.<sup>32</sup> Die Forderung nach uneingeschränkter Anerkennung und vollständigem Schutz der Menschenrechte junger Menschen, einschließlich der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit und der Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben, insbesondere an fairen, inklusiven, zugänglichen, transparenten und friedlichen Wahlen, ist ein wesentlicher Bestandteil der Maßnahmen der EU in den Bereichen **gute Regierungsführung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte** in Partnerländern.

---

<sup>27</sup> [Östliche Partnerschaft der EU](#)

<sup>28</sup> [Eine neue Agenda für den Mittelmeerraum](#) und die [Jugendstrategie 2030 der Union für den Mittelmeerraum](#).

<sup>29</sup> [Eine strategische Partnerschaft mit der Golfregion](#)

<sup>30</sup> [Makroregionale Strategien der EU](#), [Jugendmanifest](#), [Interreg-Freiwilligeninitiative für junge Menschen \(Interreg Volunteer Youth\)](#)

<sup>31</sup> [Gipfel für Demokratie](#)

<sup>32</sup> [Youth and Satisfaction with Democracy](#)

Die Maßnahmen der EU zielen darauf ab,

- den politischen Dialog mit Partnerländern über die Beteiligung und Teilhabe von Jugendlichen und Kindern zu fördern,
- die Einbeziehung junger Menschen in den politischen und den Politikdialog mit nationalen Behörden zu unterstützen<sup>33</sup>,
- eine echte Inklusion, Teilhabe und Führungsrolle von Mädchen bei der Entscheidungsfindung zu gewährleisten,
- die nationalen Kapazitäten für die Arbeit für junge Menschen und für die Zusammenarbeit mit ihnen zu stärken und die einschlägigen nationalen jugendpolitischen Rahmen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gerechtigkeit und des Dialogs zwischen den Generationen zu unterstützen,
- bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligentätigkeiten und die Übernahme von Führungsrollen durch junge Menschen zu unterstützen,
- für die Zuweisung aussichtsreicher Listenplätze politischer Parteien an junge Menschen und die Stärkung ihres passiven Wahlrechts einzutreten,
- den Zugang zu nationalen Ausweisdokumenten und zur Wählerregistrierung zu verbessern, um das Wahlrecht zu gewährleisten,
- den Schutz junger Aktivist(inn)en und Menschenrechtsverteidiger(innen), einschließlich LGBTQ-Aktivist(inn)en, zu stärken, rassistische Narrative, Hetze und Desinformation im Internet zu bekämpfen und gleichzeitig die Meinungsfreiheit zu verteidigen.



Um diese Ziele zu erreichen, wird die EU Folgendes auf den Weg bringen:

- Die Initiative „Jugend und Frauen in der Demokratie“, die den politischen Pluralismus und die Inklusivität demokratischer Prozesse fördert, indem die Teilhabe von jungen Menschen und Frauen an allen Aspekten des öffentlichen Lebens verbessert wird. Die Rolle junger Menschen in politischen Parteien und Parlamenten wird durch Kapazitätsaufbau, Vernetzung, Peer-Learning und Mentoring gestärkt werden. Mit dieser Initiative sollen Basisorganisationen und junge Aktivistinnen und Aktivisten bei der institutionellen Aufsicht, der Korruptionsbekämpfung, der zivilgesellschaftlichen Wahlbeobachtung, dem Eintreten für demokratische Reformen, der politischen Bildung sowie der Förderung des Wahlrechts, der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und der Menschenrechte unterstützt werden.

<sup>33</sup> So wird beispielsweise im Rahmen der EU-Arktispolitik der Dialog politischer Entscheidungsträger mit jungen Menschen in der Arktis gefördert, um das Bewusstsein für die aktuellen Herausforderungen in der Arktis zu schärfen, junge Menschen in die Umsetzung der EU-Strategie einzubeziehen und deren Nachhaltigkeit sicherzustellen.

Darüber hinaus wird die EU **die Bürgerbeteiligung und politische Teilhabe junger Menschen in den Partnerländern** im Rahmen bereits eingeleiteter Initiativen fördern. Dies sind:

- Der **neue EU-Mechanismus für Menschenrechtsverteidiger** und zur Bewältigung spezifischer Bedrohungen, mit denen junge Menschenrechtsverteidiger und -aktivisten konfrontiert sind.
- Der **Global Campus of Human Rights** als wichtige globale Drehscheibe für Menschenrechtserziehung.
- Die **Jugendpolitiklabore (Youth Policy Labs)** in der Nachbarschaftsregion, dem Westbalkan<sup>34</sup> und den westeuropäischen Ländern außerhalb der EU, um innovative Wege zur Einbeziehung junger Menschen in Politikdialoge zu fördern, die Umsetzung jugendrelevanter Maßnahmen gemeinsam zu gestalten und zu überwachen und die Mechanismen für die Beteiligung junger Menschen zu stärken.
- **Erasmus+**<sup>35</sup> zur Unterstützung von Initiativen unter der Leitung von jungen Menschen in der Türkei, dem Westbalkan und den Nachbarschaftsländern.
- Die auf dem Programm **EUROSOCIAL+** aufbauenden Initiativen im Bereich menschliche Entwicklung zur Unterstützung der politischen Bemühungen in Lateinamerika und der Karibik unter Beteiligung junger Menschen, die auf einen inklusiveren Zugang zu Gesundheit, Bildung, Arbeitsmarkt, guter Regierungsführung und politischer Teilhabe abzielen.

### 3.1.4 Beitrag zur Umsetzung der Agenda für Jugend, Frieden und Sicherheit

Die EU und ihre Mitgliedstaaten unterstützen uneingeschränkt die drei zusammenhängenden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zur Agenda für Jugend, Frieden und Sicherheit und ihre weltweite Umsetzung. In den Schlussfolgerungen des Rates vom Juni 2020 über die Jugend im auswärtigen Handeln betonten die EU-Mitgliedstaaten, dass junge Menschen aktiv und ohne Diskriminierung in die Bemühungen einbezogen werden müssen, dauerhaften Frieden zu schaffen, zu Gerechtigkeit und Aussöhnung beizutragen und Gewaltextremismus zu bekämpfen. Die EU ist entschlossen, sich an den in der Resolution 2250 des UN-Sicherheitsrates festgelegten Arbeitsbereichen zu orientieren: Partizipation, Schutz, Prävention, Partnerschaften sowie Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung. Dies ist in Konfliktsituationen in der Welt, gerade auch in Afrika und im Nahen Osten, und infolge des derzeitigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine von zunehmender Bedeutung.

Die Maßnahmen der EU zielen darauf ab,

- eine **inklusive, echte Beteiligung** junger Menschen an nationalen und internationalen Mechanismen zur Förderung eines dauerhaften Friedens und der Konfliktlösung zu unterstützen,
- inklusive Partnerschaften mit und zwischen **jungen Friedensaktivistinnen/-aktivisten** zu fördern und die **Beteiligung junger Menschen und deren Führungsrolle bei der Friedenskonsolidierung** zu unterstützen,

<sup>34</sup> [Zusammenarbeit der EU mit dem Westbalkan](#)

<sup>35</sup> [Finanzierung von Erasmus+ aus den Instrumenten für das auswärtige Handeln](#)

- die **Unterstützung für junge Frauen und Mädchen in fragilen und von Konflikten betroffenen Ländern** im Einklang mit der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit zu verstärken,
- die Jugenddimension bei der **Friedensmediation**, unter anderem durch die Entwicklung konkreter Leitlinien und den Aufbau von Kapazitäten, zu stärken,
- die Zusammenarbeit **mit internationalen Organisationen** im Bereich Jugend, Frieden und Sicherheit auszubauen und diese Dimension in Dialoge über Konfliktprävention, Mediation oder Reform des Sicherheitssektors verstärkt einzubeziehen,
- Initiativen zur Bekämpfung von Gewaltextremismus und insbesondere der Radikalisierung im Internet zu entwickeln<sup>36</sup>,
- **Kinder in bewaffneten Konflikten zu schützen**, Gewalt (einschließlich sexueller Gewalt) zu verhindern und zu beenden, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts zu fördern, psychosoziale Unterstützung und Zugang zu einer kindgerechten Justiz zu bieten und unbegleiteten und von ihren Familien getrennten Kindern Hilfe zu leisten, auch im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Zur Umsetzung der **Agenda für Jugend, Frieden und Sicherheit** sieht die EU Folgendes vor:

- Nutzung geeigneter **multilateraler Foren**, einschließlich der Vereinten Nationen, um die Einbeziehung junger Menschen und die Umsetzung der Agenda für Jugend, Frieden und Sicherheit zu fördern.
- **Verbesserung der Sensibilität** des Konfliktfrühwarnsystems der EU und der Konfliktanalyse **in Bezug auf junge Menschen** unter Berücksichtigung der Dynamik zwischen den Generationen und konkreter Präventivmaßnahmen, die der Jugendperspektive Rechnung tragen.
- Einbeziehung der **Agenda für Jugend, Frieden und Sicherheit** in die politischen **Dialoge der EU**.
- Entwicklung konkreter **Leitlinien für junge Menschen im Rahmen der EU-Friedensmediation**.
- Überprüfung und Aktualisierung der **Leitlinien der EU zu Kindern und bewaffneten Konflikten**, um die EU-Maßnahmen zum Schutz von Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, zu verstärken.
- **Kompetenzaufbau für EU-Bedienstete im Zusammenhang mit der Agenda für Jugend, Frieden und Sicherheit**, z. B. durch Schulungen zu Konfliktprävention und Mediation beim Europäischen Auswärtigen Dienst.
- Einbeziehung der Dimension von Jugend, Frieden und Sicherheit in die Bemühungen um **Konfliktprävention und Krisenmanagement**.
- **Zusammenarbeit mit einschlägigen lokalen Gemeinschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft** bei der Entwicklung von Strategien, mit denen die positive Rolle von Jugendlichen und Kindern bei der Förderung des Friedens unterstützt wird.

<sup>36</sup> [Schlussfolgerungen des Rates zur Prävention und Bekämpfung von Terrorismus und Gewaltextremismus](#)

- Unterstützung von Forschungs- und Bildungsinitiativen im Rahmen der **Strategischen Partnerschaft mit der Golfregion**, die zur regionalen Sicherheit und Stabilität beitragen.
- In **Afrika** Unterstützung der Umsetzung der Initiative **Extremely Together** zur Bekämpfung der Radikalisierung sowie eine laufende **Zusammenarbeit zwischen Jugendnetzwerken und dem Exekutivsekretariat der G5 Sahel**.

### 3.2 Partnerschaft für die BEFÄHIGUNG

Die Rolle junger Menschen wird gestärkt, wenn ihre Stimme gehört wird und die **Ungleichheiten**, mit denen sie konfrontiert sind, bekämpft werden.



#### 3.2.1 Bildung umgestalten

Hochwertige Bildung und lebenslanges Lernen sind grundlegende Menschenrechte und eine gute Voraussetzung für Gleichstellung, aktive Bürgerschaft und nachhaltige Existenzgrundlagen.

Nach wie vor haben zu viele Kinder und junge Menschen keinen gleichberechtigten Zugang zu kostenloser und hochwertiger Bildung, insbesondere Mädchen sowie von Krisen betroffene Kinder und Jugendliche. Geschlechtsspezifische Diskriminierung, Konflikte, humanitäre Notlagen, Gewalt, Armut und Mangel an Lehrkräften und Schulen sind die Hauptgründe, die dazu führen, dass Millionen junge Menschen die Schule frühzeitig verlassen. Viele dieser jungen Menschen sind von Kinderarbeit<sup>37</sup>, moderner Sklaverei<sup>38</sup>, einschließlich Zwangsarbeit und erzwungener Kinderehen, oder Schwangerschaften<sup>39</sup> betroffen oder werden als Kindersoldaten und -soldatinnen rekrutiert. Schutzbedürftige junge Menschen, Vertriebene, Minderheitenangehörige und Menschen mit Behinderungen sind oft ganz von der Bildung ausgeschlossen.

Die COVID-19-Pandemie hat die erheblichen Unzulänglichkeiten und die Fragilität der Bildungssysteme, einschließlich der digitalen Kluft<sup>40</sup>, verschärft. Es besteht die reale Gefahr, dass eine ganze Generation in eine Abwärtsspirale gerät, in der ihre Chancen immer weiter schwinden.

<sup>37</sup> 160 Millionen Kinder im Alter von 5 bis 17 Jahren sind von Kinderarbeit betroffen. Die Hälfte von ihnen arbeitet unter gefährlichen Bedingungen ([ILO/UNICEF](#)).

<sup>38</sup> Nach der IAO-Definition zählen insbesondere die folgenden Kategorien zu den Formen moderner Sklaverei: Zwangsarbeit und Zwangsheirat. [Schätzungen der IAO/IOM](#) aus dem Jahr 2022 zur Zwangsarbeit zufolge sind mehr als 3,3 Millionen Kinder von Zwangsarbeit betroffen.

<sup>39</sup> 127 Millionen Mädchen im Primar- und Sekundarschulalter besuchen keine Schule ([UNESCO](#)).

<sup>40</sup> [Children and young people with internet access at home \(UNICEF\)](#).

Die EU arbeitet daran, der Lernkrise ein Ende zu setzen und einen gleichberechtigten Zugang zu einer kostenlosen und hochwertigen Bildung vom Primar- bis hin zum Tertiärbereich zu fördern. Ziel ist es, im Rahmen von „Europa für die Welt“ unter anderem über Global Gateway-Investitionen<sup>41</sup> mindestens 10 % der Gesamtmittel für Bildungsinvestitionen in Subsahara-Afrika, Lateinamerika und der Karibik sowie in Asien und dem pazifischen Raum einzusetzen.

Ferner stellt die EU 10 % ihrer für humanitäre Hilfe vorgesehenen Mittel für Bildung in Notsituationen und anhaltenden Krisen<sup>42</sup> bereit, um die am stärksten benachteiligten Kinder und jungen Menschen zu erreichen, auch in Gebieten mit bewaffneten Konflikten und in Flüchtlingslagern.

Die Maßnahmen der EU zielen darauf ab,

- evidenzbasierte Bildungsreformen in Partnerländern zu unterstützen, mit Schwerpunkt auf den Aspekten Zugang, Gerechtigkeit, Qualität, Inklusion, Governance, Lehrpläne mit transformativem Gleichstellungsansatz sowie Bildungsfinanzierung, auch im Anschluss an den UN-Gipfel zum Thema „Umgestaltung der Bildung“ im Jahr 2022<sup>43</sup>,
- die Bildung von Mädchen zu fördern, um zu erreichen, dass sie einen gleichberechtigten Zugang zu allen Formen der allgemeinen und beruflichen Bildung haben,
- eine umfassende Sexualerziehung für alle jungen Menschen zu unterstützen, insbesondere für marginalisierte Jugendliche, LGBTIQ-Jugendliche und junge Menschen mit Behinderungen,
- der Kinderarbeit – nach dem Null-Toleranz-Prinzip der Kommission – ein Ende zu setzen, durch gesetzgeberische Maßnahmen<sup>44</sup>, Abhilfe- und Präventionsmaßnahmen, einschließlich Wiedereingliederung von Kinderarbeitskräften in das Bildungssystem, im Einklang mit dem Aktionsaufruf von Durban<sup>45</sup>,
- den Zugang zu sicherer und hochwertiger Bildung während humanitärer Krisen zu gewährleisten, die Auswirkungen auf das Recht auf Bildung möglichst gering zu halten und die Behörden dabei zu unterstützen, den Betrieb von Bildungseinrichtungen im Laufe oder nach einer Krise wieder aufzunehmen,



<sup>41</sup> [Global Gateway](#)

<sup>42</sup> [Mitteilung der Kommission zur Bildung in Notsituationen und anhaltenden Krisen](#)

<sup>43</sup> [2022 UN Transforming Education Summit](#)

<sup>44</sup> [Vorschlag für eine Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt](#)

<sup>45</sup> [Durban Call to Action](#)

- in **Lehrkräfte** zu investieren, um die Lernergebnisse zu verbessern und die sozial-emotionale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu fördern,
- **Lebens- und Beschäftigungskompetenzen für das 21. Jahrhundert** zu fördern, auch in den Bereichen Bürgersinn, Klimawandel, Umwelt, Medien und Kulturkompetenz<sup>46</sup>,
- in eine **hochwertige und inklusive digitale Bildung** zu investieren, um sicherzustellen, dass junge Menschen und Lehrkräfte über grundlegende digitale Kompetenzen und die Möglichkeit verfügen, weiterführende digitale Kompetenzen<sup>47</sup> im Einklang mit ihren beruflichen Zielen zu erwerben, und um die Resilienz gegen Desinformation zu stärken. Dazu gehört auch ein verbesserter **Zugang zu einer erschwinglichen, stabilen und schnellen Internetanbindung**<sup>48</sup>.

Um diese Ziele zu erreichen, **wird die EU**

- die **Mittel** aufstocken, den **Politikdialog** stärken und die **technische Hilfe** ausbauen, um die Bemühungen der Partnerländer zur Verwirklichung von SDG 4 „Hochwertige Bildung“ zu unterstützen<sup>49</sup>.

Die EU wird zudem die **Umgestaltung der Bildung** durch folgende Maßnahmen weiter unterstützen:

- Start des neuen **Regionalprogramms für Lehrkräfte in Afrika**, das darauf abzielt, das Unterrichten zu einer attraktiven Karriere für junge Menschen zu machen.
- Übernahme einer Führungsrolle bei der Unterstützung der **Globalen Partnerschaft für Bildung**<sup>50</sup> und des Fonds **Education Cannot Wait** (Bildung kann nicht warten)<sup>51</sup>, die auf die Befähigung von Mädchen, Jugendlichen und schutzbedürftigen Gruppen durch hochwertige Bildung abzielen.
- Investitionen in **formale und nichtformale Lernmöglichkeiten** in humanitären Notsituationen. Einschlägige EU-Programme zielen darauf ab, Unterbrechungen der Schulbildung und Störungen der psychosozialen Entwicklung von Kindern in Krisensituationen, z. B. in der Sahelzone, Äthiopien, Afghanistan, Bangladesch, Syrien und Jemen, abzufedern.
- Beitrag zur **Instandsetzung beschädigter Schulen in der Ukraine**.
- Aufbauend auf den langjährigen Bemühungen der EU zur Unterstützung der Bildung in Konfliktsituationen und unter Berücksichtigung der jüngsten Erfahrungen im Zusammenhang mit der Reaktion auf die russische Invasion der Ukraine, Zusammenarbeit mit Partnerländern und humanitären Organisationen, um **geflüchteten Kindern und jungen Menschen den Zugang zu Bildung** und zu einschlägigen EU-Programmen im Aufnahmeland zu erleichtern.

<sup>46</sup> Das Modell der Europäischen Schulen liefert auch einschlägige Beispiele, die weltweit eingesetzt werden könnten.

<sup>47</sup> [European Digital Competence Framework for Citizens](#)

<sup>48</sup> [Aktionsplan für digitale Bildung](#)

<sup>49</sup> In 80 Mehrjahresrichtprogrammen der EU in Partnerländern zählt Bildung zu den Prioritäten.

<sup>50</sup> [Global Partnership for Education](#)

<sup>51</sup> [Education Cannot Wait](#)

### 3.2.2 Den Zugang junger Menschen zu wirtschaftlichen Chancen verbessern

Die Stärkung der Rolle junger Menschen ist eng mit der **Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze**, der Bekämpfung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und instabiler Einkommen sowie mit den Möglichkeiten für selbstständige oder unternehmerische Tätigkeiten verbunden – gleichzeitig ist es wichtig, Geschlechtergleichstellung und Niederdiskriminierung zu fördern, auch um die **Abwanderung von Hochqualifizierten** einzudämmen.

Die Maßnahmen der EU zielen darauf ab,

- die **Mitwirkung junger Menschen an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen und am sozialen Dialog** zu unterstützen, um zu einem **jugendfreundlicheren Investitions- und Geschäftsumfeld** beizutragen,
- die **Agenda für menschenwürdige Arbeit**<sup>52</sup> zu fördern, mit der junge Menschen über ihre grundlegenden Arbeitnehmerrechte aufgeklärt und Partnerländer bei der Entwicklung von **Maßnahmen im Bereich der sozialen Sicherheit und aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen** unterstützt werden,
- die **Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen** zu fördern, indem die Partnerländer bei ihren Bemühungen zur Verbesserung der beruflichen Bildung und zur besseren Anpassung der Bildungssysteme an die Chancen auf dem Arbeitsmarkt unterstützt werden,
- das **Unternehmertum unter jungen Menschen** sowie **von jungen Menschen geführte Kleinstunternehmen und kleine und mittlere Unternehmen zu fördern** und dabei besonders junge Frauen zu berücksichtigen,
- junge Menschen mit grünen Kompetenzen auszustatten und **menschenwürdige Beschäftigung und unternehmerische Initiativen junger Menschen in der grünen Wirtschaft** zu unterstützen, auch im Bereich der regenerativen Landwirtschaft und der nachhaltigen Agrar- und Ernährungswirtschaft,
- **generationenübergreifende Lernprozesse** zwischen älteren und jüngeren Arbeitnehmern zu fördern,
- **unternehmerisches Verhalten** und Unternehmensführung zu fördern, die nachhaltig, geschlechtersensibel und verantwortungsvoll sind und die uneingeschränkte Achtung der Umwelt- und Menschenrechte gewährleisten<sup>53</sup>,
- den **Übergang junger Menschen in die formelle Wirtschaft** zu erleichtern und den **Sozialschutz** auf junge Menschen auszuweiten, die informell beschäftigt sind,



<sup>52</sup> [Mitteilung Menschenwürdige Arbeit weltweit](#)

<sup>53</sup> [Vorschlag für eine Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit](#)

- das **Übereinkommen über das Verbot der schlimmsten Formen der Kinderarbeit**<sup>54</sup> zu unterstützen, indem für Nicht-EU-Länder Hilfe bei der Umsetzung von Aktionsplänen gegen Kinderarbeit bereitgestellt wird,
- in Programme zur Unterstützung der Agrarökologie und des ökologischen und des digitalen Wandels **Folgenabschätzungen zur Beschäftigung junger Menschen** zu integrieren, auch für Investitionen im Rahmen der **Global Gateway**-Initiative.

Um diese Ziele zu erreichen, **wird die EU Folgendes auf den Weg bringen:**

- Die regionale **Team-Europa-Initiative für nachfrageorientierte Kompetenzen und Berufsbildung** in Afrika, um den Austausch über öffentlich-private Partnerschaften zu fördern, damit junge Menschen größere Chancen haben, einen Arbeitsplatz zu finden.
- Die Umsetzung der **Jugendgarantie** nach dem EU-Modell zur Verbesserung des Übergangs von der Schule ins Erwerbsleben im **Westbalkan**<sup>55</sup> sowie Sondierung, ob ähnliche Programme in der Region der Östlichen Partnerschaft und in Nordafrika aktiviert werden könnten.

Darüber hinaus wird die EU durch die folgenden **bestehenden Initiativen** die **Beschäftigung und unternehmerische Initiativen junger Menschen** fördern:

- **Erasmus+**-Projekte zum Kapazitätsaufbau zwecks Förderung der Zugänglichkeit und Anpassungsfähigkeit der Berufsbildung in den Erweiterungs- und Nachbarschaftsländern, in Subsahara-Afrika, Lateinamerika und der Karibik.
- **Unterstützung der nationalen Behörden im Nahen Osten und in Nordafrika** bei Angeboten, die darauf abzielen, junge Menschen, insbesondere Frauen, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Ausbildung befinden (NEETs), wieder in Ausbildung und auf den Arbeitsmarkt zu bringen. Die regionale Plattform für Beschäftigung und Arbeit der Union für den Mittelmeerraum und ihr Aktionsplan 2022-2025 werden sich auf junge NEETs konzentrieren und die Arbeit mit praxisbezogenen Gemeinschaften fördern.
- Die EU-Initiativen für Jungunternehmer und verbesserten Zugang von **jungen Menschen geführter Unternehmen** zu Finanzmitteln, wie die vor Kurzem gestartete **Team-Europa-Initiative „Investitionen in junge Unternehmen in Afrika“**, die **Innovationsbrücke Afrika-Europa für den digitalen Wandel**, der **New Deal for Youth im Rahmen der Östlichen Partnerschaft** und die **EU4Youth-Initiative für Beschäftigung und Unternehmergeist**.
- Innovative Investitionsprogramme, die im Rahmen des **Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung+** zusammen mit internationalen Finanzinstitutionen eingerichtet wurden, um auf die spezifischen Bedürfnisse junger Menschen einzugehen, wie etwa die **NASIRA-Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis**.

<sup>54</sup> [Übereinkommen 182/1999](#)

<sup>55</sup> [Jugendgarantie](#)

- Die **Globale Aktion der EU zur Beendigung der Kinderarbeit**, um die Arbeitsaufsichtssysteme zur Überwachung und Durchsetzung der Vorschriften über Kinderarbeit zu stärken.
- Die Arbeit der **Europäischen Stiftung für Berufsbildung**<sup>56</sup>, die Partnerländer bei der Stärkung des Humankapitals und der Verbesserung der **Qualität der Berufsbildungssysteme** unterstützt. Programme wie das Projekt **DARYA** in Zentralasien, die dazu beitragen, die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung und die Beschäftigungssysteme zu verbessern und inklusiver zu machen.
- Die **Europäische Ausbildungsallianz**, die darauf abzielt, die Qualität der Lehrlingsausbildung zu verbessern, sowie das **Programm Erasmus für junge Unternehmer**<sup>57</sup>, das den Peer-to-Peer-Austausch von unternehmerischem Wissen in der Erweiterungsregion fördert.

### **3.2.3 Stärkung der Fähigkeit junger Menschen, zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen und den ökologischen und den digitalen Wandel voranzutreiben**

Junge Menschen sind häufig der **Motor für innovative Lösungen** und **Verhaltensänderungen** und **beschleunigen deren breite Akzeptanz**. Damit ihre Ideen jedoch in konkrete Initiativen umgesetzt werden können, die Veränderungen bewirken, müssen die jungen Menschen ihre Kompetenzen und Netzwerke verbessern, in der Lage sein, fundierte Entscheidungen zu treffen, in einem sicheren digitalen Umfeld agieren und Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten haben.

Die Maßnahmen der EU zielen darauf ab,

- den Kapazitätsaufbau zu stärken und die **Finanzierung von Jugendorganisationen** aufzustocken,
- Ressourcen für Entwicklung und Scale-Up von **innovativen und nachhaltigen Lösungen**, die von jungen Menschen angestoßen werden, bereitzustellen,
- das **soziale Unternehmertum junger Menschen**<sup>58</sup> als Geschäftsmodell, das wirtschaftlichen Fortschritt und Nachhaltigkeit miteinander verbindet, zu fördern,
- die Mitwirkung junger Menschen an **Entscheidungsprozessen und Politikdialogen zu den Themen Klima, Umwelt und Katastrophenvorsorge** zu ermöglichen,
- die **Teilhabe von Mädchen und Frauen und die Übernahme von Führungsrollen durch sie** zu fördern, um sicherzustellen, dass Strategien in den Bereichen Umwelt, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, einschließlich Wasser, geschlechtergerecht gestaltet werden,

---

<sup>56</sup> [Europäische Stiftung für Berufsbildung](#)

<sup>57</sup> [Erasmus für Jungunternehmer](#)

<sup>58</sup> [Ein Aktionsplan für die Sozialwirtschaft](#)

- die Beteiligung **junger Menschen, einschließlich Mädchen, am digitalen Wandel** zu stärken und ein positives und sicheres digitales Umfeld zu unterstützen, indem die **Europäische Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen für die digitale Dekade<sup>59</sup>** und die **Strategie für ein besseres Internet für Kinder (BIK+)<sup>60</sup>** gefördert werden, einschließlich Aktivitäten zur Förderung der Jugendbeteiligung und Unterstützung für den Kapazitätsaufbau,
- den Einsatz **jugendfreundlicher digitaler Instrumente** zur Sensibilisierung für die Naturkrise durch Initiativen wie **Pollinator Park<sup>61</sup>** zu fördern.

Um diese Ziele zu erreichen, **wird die EU Folgendes auf den Weg bringen:**

➤ Den **Youth Empowerment Fund**, eine neue Pilotinitiative, mit der Jugendorganisationen an der Basis und von jungen Menschen angeführte Initiativen unterstützt werden. Das übergeordnete Ziel des Fonds besteht darin, den Beitrag junger Menschen zu den SDGs in ihren Gemeinschaften zu fördern. Er wird zwei spezifische thematische Komponenten umfassen, um Jugendmaßnahmen in den Bereichen Umwelt und Klimawandel sowie die Inklusion vulnerabler und marginalisierter Jugendlicher zu unterstützen. Der Fonds wird auf flexiblere und besser zugängliche Weise jugendfreundliche, kleinmaßstäbliche Finanzierungsregelungen und Accelerator-ähnliche Unterstützung für das Scale-Up von Initiativen mit großen Wirkungen (u. a. Schulungen, Peer-Learning, Mentoring, Vernetzung und Advocacy-Maßnahmen) bereitstellen. In die Steuerung des Programms wie auch in die Überwachung und Berichterstattung werden junge Menschen einbezogen.

Darüber hinaus wird die EU **Finanzmittel und Kapazitätsaufbau-Maßnahmen für Jugendorganisationen bereitstellen**, und zwar durch:

- das **thematische Programm für Organisationen der Zivilgesellschaft** im Rahmen des Instruments NDICI/Europa in der Welt
- das **Programm Erasmus+**
- das **Programm EU4Youth**

### **3.2.4 Förderung der Gesundheit, des geistigen und körperlichen Wohlbefindens und des Zugangs zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und den damit verbundenen Rechten**

Gesundheit und Wohlergehen sind eine Voraussetzung dafür, dass junge Menschen ihr volles Potenzial entfalten und aktiv an der Gesellschaft teilhaben können. Sie stehen beim Zugang zu Gesundheitsdiensten und -informationen, auch im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit und damit verbundene Rechte (Sexual and Reproductive Health and Rights – SRHR) sowie hinsichtlich der psychischen Gesundheit, vor enormen Herausforderungen. Die COVID-19-Pandemie und die Konflikte haben die Lage weiter verschlechtert. Zudem wird die psychische Gesundheit auch durch einen Verlust an Perspektiven im Zusammenhang mit dem

<sup>59</sup> [Europäische Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen](#)

<sup>60</sup> [Die neue europäische Strategie für ein besseres Internet für Kinder \(BIK+\)](#)

<sup>61</sup> [Pollinator Park](#)

Klimawandel, andauernden Kriegen, Flucht und Vertreibung, Rassismus oder Desinformation beeinträchtigt.

Die Maßnahmen der EU zielen darauf ab,

- die **Gesundheitssysteme zu stärken, Ungleichheiten zu bekämpfen** und Fortschritte auf dem Weg zur **universellen Gesundheitsversorgung** zu erzielen, angefangen bei Müttergesundheit und perinataler Versorgung,
- umfassende, sichere, inklusive und **kinder- und jugendgerechte Gesundheitsdienste**, einschließlich Dienstleistungen im Bereich der **psychischen Gesundheit und digitaler Angebote**, zu unterstützen,
- den **universellen Zugang zu einer jugendgerechten Versorgung** mit hochwertigen und erschwinglichen Angeboten und Informationen im Bereich **sexuelle und reproduktive Gesundheit und damit verbundene Rechte (SRHR)** zu fördern, einschließlich umfassender Sexualerziehung, HIV- und Aids-Prävention und -Behandlung, unter besonderer Berücksichtigung von jungen Mädchen, marginalisierten Jugendlichen und LGBTIQ-Jugendlichen,
- junge Menschen vor den schädlichen Auswirkungen von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen zu schützen und die vollständige Umsetzung des **WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs** und des dazugehörigen **Protokolls zur Unterbindung des unerlaubten Handels mit Tabakerzeugnissen** zu unterstützen.



Um diese Ziele zu erreichen, wird die EU durch Folgendes **zur Förderung der Gesundheit und des Wohlergehens junger Menschen beitragen**:

- Jugendfreundlicher Ansatz im Rahmen der **neuen EU-Strategie für globale Gesundheit**.
- Eine neue **regionale Team-Europa-Initiative zur Schaffung eines verbesserten Umfelds für SRHR** als Beitrag zu einer **universellen Versorgung im Bereich SRHR in Afrika**.
- Die **Spotlight-Initiative<sup>62</sup>** als Beitrag zur Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt in afrikanischen, lateinamerikanischen und karibischen Ländern sowie Ländern in Asien und im pazifischen Raum, und zwar durch Prävention und Überwindung der **Genitalverstümmelung von Frauen und Mädchen und durch Beendigung von Zwangs- und Frühverheiratung**.

<sup>62</sup> [Spotlight Initiative](#)

### 3.3 Partnerschaft für die BEGEGNUNG

Die EU ist bestrebt, Mobilitäts-, Austausch- und Vernetzungsmaßnahmen für junge Menschen als wesentlichen Aspekt der zwischenmenschlichen Dimension im Rahmen der Global-Gateway-Strategie zu fördern. Ziel ist es, Vielfalt und Inklusivität zu gewährleisten und gleichzeitig das Augenmerk vor allem auf die sozialen und wirtschaftlichen Hindernisse der digitalen Kluft und die Risiken im Zusammenhang mit Desinformation zu richten.



#### 3.3.1 Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung und Arbeit

Ein Auslandsaufenthalt im Rahmen des Studiums, der Ausbildung oder zu Arbeitszwecken ist ein Plus für die schulischen, beruflichen und persönlichen Erfolge junger Menschen und fördert interkulturelles Verständnis und Innovation.

Die Maßnahmen der EU zielen darauf ab,

- eine **inklusive Lernmobilität** zu fördern und mehr Lernmöglichkeiten zu schaffen,
- Austauschmaßnahmen für die **berufliche und persönliche Entwicklung** junger Menschen zu fördern.

Um diese Ziele zu erreichen, wird die EU Mobilitätsmaßnahmen für junge Menschen durch Folgendes **unterstützen**:

- Mehrere Initiativen im Rahmen des Global-Gateway-Investitionspakets EU-Afrika, wie z. B. das **Programm für die akademische Mobilität innerhalb Afrikas**, die **Initiative zur Harmonisierung der Qualitätssicherung und Akkreditierung an afrikanischen Hochschulen** und der **Panafrikanische Qualifikationsrahmen**, um i) die Mobilität junger Menschen innerhalb Afrikas und im Austausch mit der EU zu fördern, ii) die Integration auf Ebene des Kontinents zu stärken, iii) die Attraktivität Afrikas als Studienziel zu erhöhen und iv) die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen zu verbessern.
- Das **Programm Erasmus+** und die **Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen**, mit denen die berufliche und persönliche Entwicklung von Studierenden, Hochschulpersonal und Forschenden unterstützt werden.
- Das **SHARE-Programm EU-ASEAN**, mit dem die Harmonisierung der Hochschulbildung und von Stipendien gefördert wird.
- Der **Regionale Treuhandfonds der EU als Reaktion auf die Syrien-Krise** und die **Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei**, die Stipendien für junge Flüchtlinge bereitstellen, um ihren Zugang zu Bildung, den Erwerb von Kompetenzen und ihre Eigenständigkeit zu fördern.
- Das **Schüleraustauschprogramm „Superschools“ im Westbalkan**, mit dem Kompetenzen und Wissen ausgebaut und die Aussöhnung und der interkulturelle Dialog zwischen Schulen, Schülerinnen und Schülern und Gemeinschaften gefördert werden.

- Die **Team-Europa-Initiative „Studieren in Europa“**, die jungen Menschen weltweit Informationen über Studien-, Forschungs- und Stipendienmöglichkeiten in der EU bietet.
- Möglichkeiten für junge Menschen, im Rahmen der geplanten **Fachkräftepartnerschaften<sup>63</sup>** in die EU zu reisen, dort zu studieren, zu arbeiten oder an einer Ausbildung teilzunehmen, in Zusammenarbeit mit bestimmten Partnerländern in Afrika und Asien sowie möglicherweise im Rahmen eines **EU-Mobilitätsprogramms für junge Menschen**, dessen Durchführbarkeit derzeit geprüft wird.

### 3.3.2 Förderung von Kontakten zwischen jungen Menschen

Jungen Menschen ist es wichtig, mit Gleichaltrigen auf der ganzen Welt **in Kontakt zu treten und Ideen auszutauschen**.

Die Maßnahmen der EU zielen darauf ab,

- die Beteiligung junger Menschen an der **Erziehung zur Weltbürgerschaft (Global Citizenship Education)** mit Blick auf ein gemeinsames Verständnis der globalen Herausforderungen zu fördern und junge Menschen dazu zu ermutigen, gemeinsam aktiv zu werden,
- mehr **Vernetzungsmöglichkeiten** für junge Menschen, einschließlich Peer-to-Peer-Lernen und -Austauschmaßnahmen, zu schaffen,
- die Beteiligung junger Menschen, einschließlich Angehöriger indigener Völker, im Kulturbereich und am **interkulturellen und interreligiösen Dialog** zu fördern, um gegen Diskriminierung und Rassismus anzugehen,
- die **Qualität und Relevanz der Informationen** für junge Menschen zu verbessern und die Kommunikation kinder- und jugendfreundlicher zu gestalten.

Um das Voneinanderlernen und das gegenseitige Verständnis zu fördern, **wird die EU Folgendes auf den Weg bringen:**

- Die **Jugendakademie Afrika-Europa**, die jungen Führungskräften in ihren jeweiligen Fachgebieten und Gemeinschaften die Möglichkeit bieten wird, Kontakte zu knüpfen, sich auszutauschen, ihre Führungskompetenzen zu verbessern und ein Netzwerk von Akteuren des Wandels zu schaffen.

---

<sup>63</sup> [Fachkräftepartnerschaften](#) wurden 2021 als einer der Schlüsselaspekte der externen Dimension des neuen Migrations- und Asylpakets ins Leben gerufen und werden einen umfassenden politischen Rahmen sowie finanzielle Unterstützung zur strategischen Einbindung wichtiger Partnerländer in allen Bereichen der Migrationssteuerung untermauern. Mit diesen Partnerschaften soll die Zusammenarbeit zwischen der EU, Mitgliedstaaten und Partnerländern gestärkt und die internationale Mobilität der Arbeitskräfte und die Talentförderung auf eine für beide Seiten vorteilhafte Weise gefördert werden.

Die EU wird ferner durch die **folgenden bestehenden Initiativen** weiter zur **Förderung der Kontakte zwischen jungen Menschen** beitragen:

- Die **EU-Alumni-Initiative** und **Public-Diplomacy-Maßnahmen**, die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an EU-Programmen die Möglichkeit geben, globale und lokale Netzwerke zu stärken und andere junge Menschen, insbesondere benachteiligte Gruppen, über die Möglichkeiten zu informieren, die die EU und ihre Mitgliedstaaten bieten.
- Das **Europäische Jugendportal** mit einem verbesserten Zugang zu hochwertigen Informationen über Initiativen und Chancen für junge Menschen in Partnerländern.
- Das **Programm für entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit (DEAR)**, in dem der Fokus verstärkt auf die Teilhabe junger Menschen gelegt und die Mitwirkung junger Menschen weltweit gefördert wird.
- Das **Mentoring-Programm für Global Erasmus+-Alumni**, das Kontakte zwischen Erasmus+-Alumni und potenziellen Erasmus+-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern, auch außerhalb der EU, schafft.
- Das neue **Programm für junge Menschen in der Sahelregion (Youth Europe Sahel)**, mit dem die Jugendbeteiligung unterstützt und der interkulturelle Dialog, der Zusammenhalt zwischen den Menschen und die Menschenrechte gefördert werden sollen und eine Plattform geschaffen werden soll, um junge Menschen in der Region über persönliche und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten zu informieren.
- Das **Programm „Globale Kulturbeziehungen“ und Maßnahmen für afrikanische und europäische Künstlerinnen und Künstler**, mit dem der interkulturelle Dialog, die Mobilität und das gemeinsame Schaffen von jungen Künstlerinnen und Künstlern und Kulturschaffenden aus Partnerländern und der EU gefördert werden.
- Das **Büro für regionale jugendpolitische Zusammenarbeit im Westbalkan**, das den Geist der Aussöhnung und des Verständnisses zwischen jungen Menschen durch Austauschmaßnahmen für Jugendliche und durch die Zusammenarbeit junger Menschen innerhalb der Region fördert.
- Das **Europäische Solidaritätskorps**, das die Teilnahme junger Menschen an Freiwilligen- und Solidaritätsprojekten fördert.
- Die **EU-Partnerschaften für Politik und Öffentlichkeitsarbeit<sup>64</sup>** zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses und des gegenseitigen Vertrauens durch Public-Diplomacy-Maßnahmen.
- Kampagnen, in denen sich junge Menschen aus der ganzen Welt gemeinsam für den ökologischen Wandel einsetzen, z. B. die Initiative **Green Track** oder die bevorstehende Initiative **#ReFashionNow**, zur Stärkung der Rolle junger Verbraucherinnen und Verbraucher im Bereich nachhaltige Textilien.

#### **4. Monitoring und Berichterstattung**

Die Kommission wird die Fortschritte bei der Umsetzung des Jugendaktionsplans in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst zur Mitte und zum Ende der Laufzeit im Rahmen der regelmäßigen Berichte über die Durchführung der EU-Hilfe und im Einklang mit anderen politischen Rahmen und Verpflichtungen in den Bereichen Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung sowie Jugend, Frieden und Sicherheit beobachten.

In den Berichten über die Umsetzung werden die Entwicklungen bei den **institutionellen Veränderungen** zur Stärkung der **Beteiligung junger Menschen an der Politikgestaltung der EU** und die **Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele des Jugendaktionsplans** bei thematischen Prioritäten verfolgt. Im ersten Umsetzungsjahr wird in Zusammenarbeit mit Experten und Partnern im Jugendbereich auf der Grundlage nach Alter aufgeschlüsselter Daten und jugendspezifischer Indikatoren ein Monitoring-Rahmen entwickelt.

Eine **Evaluierung der Umsetzung des Jugendaktionsplans** wird rechtzeitig eingeleitet, sodass die Ergebnisse in den nächsten Programmplanungszyklus einfließen können.

#### **5. Schlussfolgerung**

Mit dem Jugendaktionsplan für das auswärtige Handeln der EU erkennt die EU die wesentliche Rolle der jungen Generation, „**die Träume hat, die aber auch anpackt**“<sup>65</sup> bei der Bewältigung komplexer globaler Herausforderungen an und schafft den Rahmen für eine starke Partnerschaft zwischen ihr und der EU.

Durch die Umsetzung dieses Plans wird die EU die Beteiligung junger Menschen im Rahmen ihres auswärtigen Handelns unterstützen, günstige Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für die Stärkung der Rolle und die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen bieten und den Brückenschlag zwischen jungen Menschen auf der ganzen Welt fördern.

Der Jugendaktionsplan ist sowohl Ausdruck eines echten politischen Engagements, der Stimme von Kindern und Jugendlichen in der Welt Gehör zu verschaffen, als auch ein operativer Fahrplan als Beitrag zum Aufbau von Gesellschaften, die für **heutige und künftige Generationen** mehr Demokratie, Gleichberechtigung, Nachhaltigkeit und Frieden bieten.

---

<sup>64</sup> [Policy and Outreach Partnerships](#)

<sup>65</sup> [Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2022](#)